

Dresdner Volkszeitung

Postkassens: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Sparkass., Dresden,
Kant der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, H.-G., Dresden,
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Gehalt höherer Gewalt, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung seinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Kostenerstattung der Zeitung.

Abdruckrecht einschließlich Beleglohn mit der städtischen Unter-
haltungsbetriebe, Dresden, Rühl, unter dem „Voll und Zeit“
preislich 2,50 M., wochentags 1,10 M., Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5361. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verkaufsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5361 und 1270.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abdruckrecht. Grundpreise: die 30 mm breite Normalzei-
tung 20 M., die 30 mm breite Normalzei-
tung 40 M., und 250 M. Familienanzahl, Stellen- und An-
zeige 40 M., Rabatt für Betriebsleistungen 10 M.

Nr. 113

Dresden, Dienstag den 15. Mai 1928

39. Jahrg.

Blutopfer des Bürgerblocks

Eine Bilanz der Feme- und Reichsbannermorde

Bei der bevorstehenden Wahl steht neben der politischen, ökonomischen und sozialpolitischen Seite des Bürgerblocks die Zeit der Wechselfügigkeit, der Feme- und Reichsbannermorde mit zur Abstimmung, für die seit dem Auscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung im Herbst 1922 die bürgerliche Mitte und die Rechte die Verantwortung zu tragen hat.

Ein Reichswehrminister, der in seinem Ressort täglich Morde geschahen ließ, ein Reichsjustizminister, der nicht instand war, das Reichsbanner vor der blutigen Ernte des bürgerlichen Nordwahns zu bewahren, geht am kommenden Sonntag mit vor Gericht!

Ihr Sündenregister hat einen höchst respektablen Umfang angenommen. Hier ist es:

Fememorde

Fall Otto. Der Seeoffizier a. D. Otto vom „Verband nationalsozialistischer Soldaten“, ermordet am 8. September 1923 und in die Oefke geworfen wegen Gefährdung der Regierung durch die Flucht der Kalkenau-Mörder.

Fall Bauer. Ermordet in München am 18. Februar 1923 von Otto Jünginger und zwei Mitläufern wegen eines Erpressungsversuchs.

Fall Stabow. Der Junglehre Stabow von der Arbeitsgemeinschaft „Kogbach“, ermordet am 31. Mai 1923 wegen Unterschlagung von 5 Mark.

Fall Bauer. Der Schullehrer Bauer der Schwarzen Reichswehr, ermordet am 10. Juni 1923 in Döberitz wegen angeblichen Betrugs.

Fall Verlach. Der Buchmeister Verlach der Schwarzen Reichswehr, ermordet im Juni 1923 durch Klappsch und Büchling wegen angeblichen Betrugs.

Fall Wilms. Der Oberfeldwebel Wilms der Schwarzen Reichswehr, ermordet im Juni 1923 in Rathenow durch Klappsch und Büchling wegen Unterschlagung von 4 Mark.

Fall Verlach. Der Schullehrer Verlach, ermordet am 2. August 1923 in Müllern durch Büchling und andere wegen angeblichen „Betrugs“.

Fall Hermann. Der Feldwebel Hermann, ermordet am 2. September 1923 durch Fememörder Büchling am Fort Gorgas wegen Spitzelverdacht.

Fall Sand. Der Leutnant Sand der Schwarzen Reichswehr, ermordet durch Klappsch und andere am 3. September 1923 in Döberitz wegen Unterschlagungsverdacht.

Fall Dammers. Der Oberleutnant Dammers der „Bismarck-Jugend“, ermordet durch Grütze-Lehder am 17. September 1923 in Ziegel wegen Spitzelverdacht an einem Sebering-Trautwein.

Fall Sezer. Der Arbeiter Sezer der Brigade Eberhard, ermordet durch den Feldwebel Weitz am 1. Dezember 1923 in Meßburg wegen angeblichen Spitzelverdachts.

Fall Holt. Der Kaufmann Holt vom Frontbau, ermordet im Januar 1924 in Gersdorff durch Kogon und Kalla wegen angeblichen Betrugs.

Fall Jost. Der Feldwebel Jost, ermordet im Frühjahr 1924 in Hagenau wegen Spitzelverdacht.

Fall Richter von der Arbeitsgemeinschaft Kogbach, ermordet am 1. September 1924 in Gersdorff.

Fall Legner. Der Buchmeister Legner, ermordet am 1. Februar 1923 in Döberitz wegen Spitzelverdacht.

Ferner 15 weitere Morde in Müllern, Ziegel, Gorgas, Spreewald, Soldin, Döberitz, Schorfheide und auf der Insel Voel, ausgeführt von Büchling, Lotz, Piel, Wäfer und anderen wegen angeblicher Unterschlagung, Stucht aus der Schwarzen Reichswehr usw.

Reichsbannermorde

Fall Wolfow. Der Reichsbannermann Wolfow, erschossen vom dem Frontbauernamt Deitz Schmidt am 13. September 1924. Der Täter erhielt 100 Mark Strafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes.

Fall Schulz. Der Reichsbannermann Schulz, erschossen vom Landwirt Nehrig in der Junsrunder Straße in Berlin-Schöneberg. Der Täter wurde freigesprochen.

Fall Volkmann. Der Reichsbannermann Volkmann, erschossen vom Studenten der Forsthochschule Oberwalde am 10. Mai 1925 in Oberberg. Die Täter, die sämtlich Mitglieder des Reichsbanners waren, wurden freigesprochen. Auch der Wirt des Lokals, in dem der Zusammenstoß vor sich ging, wurde niedergeschossen und verstarb im Krankenhaus.

Fall Dehner. Reichsbannermann Heinrich Dehner, mit Säulen und Knütteln erschlagen am 8. Dezember 1925 von einer Stahlhelmtruppe in Jöhben. Anklage ist nicht erhoben worden.

Fall Bauer. Der Reichsbannermann Ludwig Bauer, erschossen am 30. April 1925 in Oberkistritz durch den Truppführer Schmidt der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Anklage ist nicht erhoben worden.

Fall Erdmann. Der Reichsbannermann Karl Erdmann, erschossen durch den Stahlhelmer Böbis in Düsseldorf. Der Täter wurde freigesprochen.

Fall Doktor. Der Reichsbannermann Felix Doktor, erschossen durch den Stahlhelmsmann Rogiera am 28. Juni 1926. Der Täter wurde freigesprochen.

Fall Kreuzdorf. Tich und Wollant, Reichsbannermann, erschossen am 20. Juni 1927.

Der Bürgerblock hat nichts getan, um diese blutigen Mordtaten zu sühnen. Soweit gegen die Fememörder etwas geschah, dankt es das deutsche Volk dem Druck der sozialdemokratischen Minister in Preußen!

Männer und Frauen des Volkes, wollt ihr, daß die Zeit der Fememorde in der Wehrmacht und der blutigen Attentate auf Arbeiter und Reichsbannerleute ein Ende hat? Dann strengt bis zum 30. Mai alle Kräfte an für den Sieg der Sozialdemokratie!

Die nationalsozialistischen Messerstecher

D. Darmstadt, 14. Mai. (Sig. Dr. St. H.)

In Pfungstadt bei Darmstadt fand am Sonntag eine Versammlung der Nationalsozialisten statt. Die Versammlungsorte erhielten den Namen: „Aden haben keinen Zutritt“. Anlässlich dieser Versammlung kam es zu einer großen Schlägerei. Der nationalsozialistische Redner beleidigte in seinem Schlusswort die Arbeiterführer in wüster Weise. Die anwesenden Sozialdemokraten wandten sich dagegen. Als dann ein Dilettant mit dem Bierglas nach dem sozialdemokratischen Redner warf, wurde die Versammlung polizeilich geschlossen und der Saal geräumt.

Im Saal waren Hunderte von Menschen auf der Straße versammelt. Alle Einwohner, Bauern, Bürger und Arbeiter, nahmen gemeinsam Stellung gegen die Provokation. Als sie sich in die Seitengassen verdrängten, kam es zu Schlägereien. Es fiel ein Schuß. Ein junger Pfungstädter, namens Gottmann, ging im Dunkel auf einen Dillerrupp los. Die Dillerruppe überfiel ihn als er ausrief: „Heil Hitler!“ bekam er einen Stich in die Lunge und wurde blutüberströmt in das Darmstädter Krankenhaus gebracht. Dort erlag er seinen Verletzungen. Ein anderer wurde von einem Hitlergardisten namens Witt durch einen Stich in den Kopf verletzt. Der Heberfallene mußte ebenfalls ins Krankenhaus gebracht werden. Schließlich eilte die Schupo aus Darmstadt herbei und säuberte die Straßen.

Kommunistisch-sozialistisches Spiel

Die sogenannte „sozialistische Partei“, heute unbeschränkt eine Hilfstruppe der Reaktion, verpasst und verschmäht mit dem Stahlhelm und anderen Wehrverbänden, ist feinerzeit gegründet worden, weil die Sozialdemokratische Partei in Sachen angeblich gegenüber den Kommunisten nicht den erforderlichen Widerstand wachte. Man müßte demnach annehmen, daß die KPD, alles das, was kommunistisch ist? Heute aber fordern KPD und SPD, brüderlich Arm in Arm, die Sozialdemokratie in die Schranken. Wie der Sozialdemokratie berichtet, spielen sie in einer Wahlversammlung in Tilsit mit verteilten Rollen. Zunächst tritt ein KPD-Mann die Sozialdemokratie in der widerlichsten Weise an. Nachdem ein sozialdemokratischer Diskussionsleiter diese Erbärmlichkeiten zupflicht hat, gab der sozialistische Versammlungsleiter einem Kommunisten das Schlüsselwort, damit dieser die Verteidigung des KPD-Mannes gegen die Sozialdemokratie übernehme. Ein feindes Parteil: August Wilmig und Kilmann als Verbündete gegen die Sozialdemokratie! Welche Weiber, gleiche Köpfe: Helferheifer bei Denkschriften und des Bürgerblock alle beide!

Reichstag - Republik - Wahlen

Von Hermann Reichner, W. v. R.

Zwischen dem Reichstag der deutschen Republik und dem der Kaiserzeit besteht ein sehr großer Unterschied. Das frühere Reichsparlament hatte im Grunde genommen nicht viel zu melden. Es war in seinen Beschlüssen völlig abhängig von anderen Faktoren. Wenn der damalige Bundesrat, eine verächtliche, konservative Körperschaft, einem vom Reichstag verabschiedeten Gesetz oder irgendeinem anderen Beschlusse nicht zustimmte, erlangten sie keine Geltung, sie waren erledigt. Auch die Regierungen jener Zeit waren durchaus unabhängig vom Reichstag. Der Kaiser ernannte nicht nur formell, sondern faktisch den Reichskanzler und die Minister. Er konnte sie auch nach Gutdünken entlassen; die Regierung brauchte das Vertrauen des Reichstags nicht. Ein von diesem etwa beschlossenes Mißtrauensvotum blieb ohne Wirkung. So lag die Bedeutung des Reichsparlaments in der Vorkriegszeit im wesentlichen darin, eine weithin bemerkbare Rednertribüne zu sein.

Dieses halbautonome Parlament ist durch die republikanische Verfassung beseitigt. Der große Fortschritt liegt in der politischen Angleichung der Verhältnisse. Der Reichspräsident wird als oberster Beamter des Reiches vom wahlberechtigten Volk gewählt. Er ernannt zwar formell den Reichskanzler, der verantwortlich für die Politik der Regierung ist. Das kann aber nur geschehen im Einverständnis mit dem Willen der Parteien, die jeweilig im Reichstag die Mehrheit bilden. Ebenso kann der Reichskanzler die Minister nur unter derselben Voraussetzung berufen. Mißtrauensbeschlüsse des Parlaments gegen die Regierung oder einzelne Minister haben zwar politische, verfassungsmäßig den Rücktritt der mit dem Mißtrauen Bedachten zur Folge. Der Reichspräsident kann durch Entscheidung des Volkes abgesetzt, er kann auch unter gewissen Voraussetzungen wie der Minister in Anklagezustand versetzt werden.

Die Wähler sind also die wirklich bestimmenden und entscheidenden Faktoren!

Unter solchen Umständen haben heute Wahlen und Wahlrecht in der Tat entscheidende Bedeutung. Das Wahlrecht breitet nicht nur für eine Minderheit, sondern für eine etwa Zweidrittelmehrheit des ganzen Volkes. Dieses Wahlrecht wurde von der Sozialdemokratie erkämpft und verwirklicht! Durch jene Verordnung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten vom 12. November 1918. Es wurde dann in die Verfassung übernommen. Alle bürgerlichen Parteien haben bis zur Revolution stets ein derart weitgehendes Wahlrecht abgelehnt. Sie waren besonders gegen das Frauenwahlrecht, gegen die politische Gleichberechtigung der Frau überhaupt. Alle Anträge mit dieser Forderung, die früher im Reichstag und in den Landtagen von den Sozialdemokraten wiederholt gestellt wurden, wurden stets der Ablehnung durch die bürgerlichen Parteien. Davon mögen besonders die Frauen denken, wenn sie heute, vor den Wahlen, von denselben bürgerlichen Parteien umschmeichelt werden, um ihre Stimmen zu erhalten. Jede werktätige Frau, jede proletarische Wählerin, die für eine bürgerliche Partei stimmt, wählt ihren größten Feind, der ihr jetzt, durch die Verhältnisse veranlaßt, politische Freundschaft heuchelt.

Dah das Wahlrecht noch bei weitem nicht so weit, wie es dem demokratischen und dem politischen Interesse des deutschen Volkes entspricht, liegt im wesentlichen daran,

daß weite Kreise ihre Klassenlage noch nicht erkannt

haben, zum Teil auch an dem Vielparteiensystem, das die Wahlen und die Geister verwirrt. Mindestens 70 Prozent des deutschen Volkes wählen zu den Werkstätten, die ihre wirtschaftliche Erziehung nur mühsam von karglichem Lohn oder Gehalt aufrechterhalten können. Sie alle haben ein Interesse, diese Zustände in dem Sinne zu ändern, wie die Sozialdemokratie das erstrebt. Dazu gehört politische Macht! Sie könnte im Reichstag für die 70 Prozent durch die Wähler erreicht werden, wenn sie es wollten. Der Stimmzettel ist heute ein Machtmittel! Dieser ergibt sich ein die Verhältnisse geradezu auf den Kopf stülendes Bild. Der letzte Reichstag bestand aus 493 Abgeordneten, davon entfielen auf die Sozialdemokraten 181, auf die Kommunisten 45 Vertreter, das macht zusammen 226 proletarische Abgeordnete oder reichlich den dritten Teil. Fast zwei Drittel gehörten den bürgerlichen Parteien an, die alle mehr oder weniger gegen die Forderungen sind, die von der Sozialdemokratie im Interesse der 70 Prozent des arbeitenden Volkes gestellt werden! Dazu kommt noch, daß die Kommunisten eine Kastei betreiben, die den Reaktionsären des Volkes auf die Wahlen treibt; so daß die Sozialdemokratische Partei die einzige ist, auf die sich die Arbeiterklasse verlassen kann.

Diese Zustände müssen politisch nur elendermaßen geschulten proletarischen Wählern zu denken geben. Am 30. Mai ist wieder einmal Gelegenheit, sie ändern zu helfen. Ist es nicht absurd, wenn man feststellen muß, daß z. B. die Zentrumspartei bei der letzten Wahl im Dezember 1924 von ihren 60 Mandaten allein 20 aus der zwei Dritteln an Wiederwählern und den zwei weisföhlischen geholt hat? Aus dem klassischen Industriegebiet Deutschlands, wo die Proleten in Massen beieinanderwohnen und miteinander in den Gruben und Riefenwerken des Großkapitals mischen! Ist es nicht grotesk, wenn bisher nicht wenige Arbeiter in völliger Verkennung ihrer Lage sogar der reaktionären Partei, den Deutschnationalen, die Stimme gaben? Wir haben zwar nun ein sehr gutes Wahlrecht, aber ein großer Teil der Wähler macht davon noch einen falschen Gebrauch! Es ist zu wünschen, daß hier am 30. Mai eine wesentliche Änderung eintritt.

Es gibt auch noch zu viele Nichtwähler. Am 30. Mai werden ungefähr 41 Millionen Männer und Frauen wählen dürfen. An

Der Beinah-Bismarck.



Beinah hätte Herr v. Kendell die Größe Bismarcks erreicht, war einer seiner gewohnten Betriebsunfälle hat es verhindert.